



Keupers

kritischer

Kommentar

04-2020

April 2020

Der Nato-Einsatz in Afghanistan war ein Fiasko.

Während in der Welt die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Tagesthemen beherrschen und die Frage der Deglobalisierung wieder heiß diskutiert wird, berichten einige Medien, obwohl kaum beachtet, von dem bevorstehenden Abzug der USA-Streitkräfte aus Afghanistan bis zum Ende dieses Jahres. Ein Vorgang, der die Machtstrukturen unserer Welt im Wesentlichen geopolitisch noch tief greifend verändern wird.

Es ist wie eine Ironie der Geschichte, dass Ereignisse ähnlicher Art in diesem verarmten, abgelegenen Land im Mittleren Osten, zum zweiten Mal innerhalb von 5 Jahrzehnten sich scheinbar wiederholen, eine Art weltpolitischer Zeitenwende einzuläuten.

Sowjetische Einmischung in Afghanistan wurde 1989 jäh beendet.

Nach 10 Jahren ergebnisloser Militärinterventionen musste 1989 die mächtige Rote Armee aus Afghanistan abziehen, mussten die Streitkräfte der Sowjetunion erkennen, dass sie gescheitert waren, mit militärischer Gewalt ein kommunistisches politisches System in dem Land am Hindukusch installieren und durchzusetzen zu können. Diese Niederlage ihrer Armee hatte für die UdSSR und für den von ihr beherrschten Ostblock weitreichende Folgen, denn im gleichen Jahr fiel die Berliner Mauer, gab es zwei Jahre später keinen Warschauer Pakt, keine Sowjetunion mehr. Es war praktisch das Ende des Kalten Krieges. Die Machthierarchie in der Welt war plötzlich eine andere geworden. Russland war, gemäß späterer Aussage eines amerikanischen Präsidenten, nur noch eine „Regionalmacht“!

Auch die USA und ihre Verbündete scheitern nun in Afghanistan.

Dreißig Jahre später werden nun die USA-Truppen und die ihrer Verbündeten aus Afghanistan abziehen. 20 Jahre Krieg haben gezeigt, dass es nicht möglich war, dort militärisch ein politisches System nach Art des westlichen Demokratieverständnisses zu schaffen. Sicherlich werden die Konsequenzen für den Westen nicht ganz so dramatisch wie einst für die Sowjetunion werden, aber doch bedeutet der Rückzug aus Afghanistan das Ende einer vom Westen dominierten Ära nach dem Ende des Kalten Krieges. Die einstige Vormachtstellung der westlichen Staaten ist gebrochen! In Zukunft wird es kaum noch militärische Interventionen des Westens zur Durchsetzung seiner Wirtschafts- und Politikphilosophie geben. Es werden nun andere Staaten sein, die meist mehr indirekt mit Söldner- oder sogenannten Rebellengruppen militärisch intervenieren, um ihre nationalen (Wirtschafts-)Interessen zu verfolgen. Die Welt ist wiederum, wie einst nach 1989 eine andere geworden.

Der Krieg in Afghanistan war schon seit langem scheinbarer Unsinn.

Der Krieg in Afghanistan war schon lange für jeden erkennbar nicht mehr zu gewinnen, aber die beteiligten Kräfte der USA, respektive die der NATO hatten letztlich nicht den Mut, der unangenehmen Realität ins Auge zu sehen, einem offensichtlichen Scheitern ihrer Mission und der daraus sich ergebenden Folgerungen. Mit ihrem „Abkommen zum Frieden in Afghanistan“ haben die Vereinigten Staaten nun im Grunde genommen letztendlich die Reißleine gezogen. Doch ist es höchst unwahrscheinlich, dass dieses Abkommen den lang ersehnten Frieden für das in sich total zerstrittene Land und ihrer seit Jahrzehnten unter den Kriegswirren leidenden Bevölkerung bringen wird. Es ist eher ein Abkommen, um den US-Truppen und denen der NATO zu ermöglichen, relativ geordnet abziehen zu können. Das Abkommen ist das Eingeständnis einer Niederlage, einer Niederlage, deren Bedeutung aber weit über Afghanistan hinausgehen wird. Was auch Auswirkungen auf militärisches Handeln des Westens im Irak, Syrien, Tschad, Nigeria und Libyen haben wird.

Der Irrtum von Peter Struck.

Mit den starken Worten unseres damaligen Verteidigungsministers Peter Struck, dass „unsere Truppen am Hindukusch unsere Demokratie verteidigen würden“, dass „wir Afghanistan in ein aufblühendes Land verwandeln und von der Zwangsherrschaft der radikalen Taliban befreien werden“, wurden unsere Truppen als „Befreier“ in dieses mittelasiatische Land geschickt, als „Befreier“ die angeblich von der Bevölkerung freudig begrüßt wurden. Nirgends gab es vonseiten der Bundesregierung oder in dem Berichten der Medien damals bis heute hinein, auch nur den Hauch eines Zweifels am Sinn der Durchführung des (deutschen) Militäreinsatzes. Freiheit für das Volk der Afghanen, das war das Ziel! Unsere Truppen in Afghanistan wurden am Anfang ihres Einsatzes in Kundus und Umgebung von der Bevölkerung begrüßt, als sie sich mehr als Aufbautruppe betätigte, mehr als Helfer der Bevölkerung, weniger als Streitmacht!

Fast 200.000 Kriegstote oder Tote von Terroranschlägen, und eine Unzahl Verwundeter und Verstümmelter, unter ihnen viele Kinder und Zivilisten, über 2,5 Millionen Binnenvertriebene und Millionen von Flüchtlingen, das ist ein sehr hoher Preis, den die Menschen dort dafür gezahlt haben, und sie werden solchen auch in Zukunft noch dafür zahlen müssen. Nach UNHCR-Angaben sind Afghanen – und nicht Syrer – heute die größte Gruppe, die in Europa um Asyl ersuchen. Nicht Freiheit, Demokratie, Wirtschaftswohlstand hat unser Einsatz den Afghanen gebracht. Und der Frage, ob die Herrschaft der über Jahrhunderte gewachsenen ethnisch-religiös geformten Herrschaftsdynastien nicht den Vorstellungen der Völker des mittleren und nahen Orient mehr entsprechen als die liberaldemokratische Denkweise des westlichen Abendlandes, sollten wir uns stellen. Warum war das Scheitern des Vietnamkrieges den Amerikanern, aber auch der NATO nicht ein entsprechender Hinweis, auf grundverschiedene Auffassungen der Völker Asiens?

Mehr internationale Verantwortung tragen, heißt nicht mehr Kriegseinsätze.

Wie können wir da in Zukunft noch Auslandseinsätze der Bundeswehr rechtfertigen mit der Forderung, dass Deutschland „mehr Verantwortung zeigen“ müsse, dass wir mit unserem Demokratieverständnis als das Nonplusultra die Welt transformieren müssen? Welche Lehren ziehen wir aus dem Afghanistan Fiasko für alle anderen zurzeit stattfindenden und zukünftig vorgesehenen Militäreinsätze oder Ausbildungsmissionen? Und wie rechtfertigen wir zukünftig, unsere steigenden deutschen Waffenexporte in Krisenregionen, wenn wir nicht als Kriegstreiber gebrandmarkt werden wollen?

Während andere Länder sich zurückziehen, scheint bei uns der Glaube an dem Sinn von Bundeswehr-Einsätzen in Kriegsregionen ungebrochen. Wie sind sonst die jüngsten Vorschläge in der Politik zu erklären, die Bundeswehr in Syrien und Libyen einzusetzen?

Bundeswehr ist laut Grundgesetz nur eine Verteidigungsarmee!

Wir sollten aus dem Afghanistanfiasko die Lehre ziehen, dass unsere Bundeswehr laut Grundgesetz nur zur direkten Verteidigung unserer Freiheit, unserer Demokratie eingesetzt werden darf, wenn wir direkt angegriffen oder aktiv bedroht werden, und sollten Rüstungsgüter nur noch an unsere NATO Verbündete exportieren. Wir sollten strikt vermeiden, unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen anderen Staaten oder Regionen mit Gewalt aufoktroyieren zu wollen. Vielleicht sollte Deutschland anfangen, „mehr internationale Verantwortung übernehmen“ ganz anders zu interpretieren, mehr als humanitäres Engagement! Mehr vorbildliches menschliches Handeln erzeugt mehr Anerkennung, mehr Einflussnahme.

Gerade wir Deutschen sollten doch aus der Geschichte wissen, dass Krieg keine Probleme löst, sondern nur mehr Probleme schafft!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 15. April 2020,

Heinrich Keuper